Pressestelle des Senats

Hamburg

Wochendienst

Nr. 6
vom 14. Februar 2014
Redaktion: Katja Richardt

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Gesundheit und Verbraucherschutz

Präimplantationsdiagnostik: Gemeinsame Ethikkommission berufen 3
Pflegereform entschlossen angehen 8
Pille danach muss rezeptfrei zu bekommen sein 9
Guter Start für Hamburgs Kinder 11

Inneres

Polizeiliche Kriminalstatistik 2013 vorgestellt 13

Schule, Jugend und Berufsbildung

Ergebnisse der Anmelderunde für das Schuljahr 2014/15 15

Wissenschaft und Forschung

Faire Arbeitsbedingungen für gute Wissenschaft 18

Wirtschaft

Ein guter Tag für den Schiffbau in Hamburg 20
Masterplan Industrie 21

Kultur

Neues Depot für Stiftung Historische Museen 23

Öffentlicher Dienst

Stärkung der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst 24

Internationales

Rathausempfang zum chinesisches Neujahrsfest und der fünften CHINA TIME 25

Städtepartnerschaften

Ausstellung zu Hamburgs Partnerstädten eröffnet 27

Zur Information

WM kann kommen: Public viewing in Hamburg geregelt 28
Terminkalender 29

11. Februar 2014/bgv11

Präimplantationsdiagnostik: Gemeinsame Ethikkommission berufen

Kommission wird bei der Ärztekammer Hamburg angesiedelt

Die Bundesländer Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben sich darauf verständigt, bei der Ärztekammer Hamburg eine gemeinsame Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik einzurichten. Die Mitglieder der Kommission wurden nun berufen und sind erstmalig zusammen getroffen.

Präimplantationsdiagnostik ist die genetische Untersuchung eines außerhalb des Körpers erzeugten Embryos vor dessen Implantation in die Gebärmutter einer Frau. Sie darf ausschließlich zur Vermeidung von schweren Erbkrankheiten, Tot- oder Fehlgeburten Anwendung finden. Das Embryonenschutzgesetz knüpft die Zulässigkeit der Präimplantationsdiagnostik an weitere gesetzliche Voraussetzungen: Eine solche Maßnahme darf erst dann vorgenommen werden, wenn eine interdisziplinär zusammengesetzte Ethikkommission die Einhaltung der Voraussetzungen geprüft und eine zustimmende Bewertung abgegeben hat. Bundesweit wird mit etwa 300, in Norddeutschland mit etwa 50 Untersuchungen jährlich gerechnet.

„In Deutschland ist Präimplantationsdiagnostik nur zulässig, wenn aufgrund der genetischen Veranlagung der Eltern eine schwerwiegende Erbkrankheit oder eine Tot- bzw. Fehlgeburt wahrscheinlich sind“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Wir haben uns zur Einrichtung einer gemeinsamen norddeutschen Ethikkommission entschlossen, da es angesichts der zu erwartenden geringen Anzahl von Anträgen sinnvoll ist, hier länderübergreifend tätig zu werden. So gewährleisten wir eine kontinuierliche Prüftätigkeit und sichern damit die Qualität des Entscheidungsprozesses.“

Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Ärztekammer Hamburg sowie der Bundesärztekammer, ist es wichtig zu betonen, dass die neue Gesetzeslage, zu der auch die Einrichtung der Kommission gehöre, keineswegs eine systematische Auswahl der Embryonen darstelle, sondern nur für eine sehr kleine, klar definierte Patientinnengruppe in Frage käme: „Es geht hierbei um Paare, die oft bereits Schlimmes erlebt haben und denen man auf diese Weise helfen kann. Wir begrüßen das aus ärztlicher Sicht, und ich freue mich, dass wir für diese wichtige Aufgabe so hervorragende Experten aus sechs Bundesländern gewinnen konnten.“

In der Bundesrepublik wird es voraussichtlich insgesamt fünf Ethikkommissionen geben. Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, das Saarland, Hessen, Sachsen und Thüringen richten ebenfalls eine gemeinsame Kommission ein, die Länder Bayern, Berlin und Nordrhein-Westfalen werden jeweils über eigene Ethikkommissionen verfügen. Eine geringe Anzahl von Ethikkommissionen trägt maßgeblich zu einer bundesweit einheitlichen Entscheidungspraxis bei und kann die Anrufung verschiedener Ethikkommission in derselben Angelegenheit verhindern. Die Zuständigkeit der Ethikkommission erstreckt sich auf alle Zentren, die von einem am Abkommen beteiligten Land zur Präimplantationsdiagnostik zugelassen werden. In Hamburg wird es nach heutigem Stand ein zugelassenes Zentrum zur Durchführung dieser Diagnostik geben.

Die Bewertung der Zulässigkeit einer Präimplantationsdiagnostik beinhaltet neben medizinischen auch psychologische, soziale und ethische Aspekte. Insgesamt wurden acht Mitglieder und jeweils zwei Stellvertretungen berufen. Über die Anträge entscheidet das achtköpfige Gremium, gegebenenfalls nach persönlicher Anhörung der Antragstellerin. Um das gemeinsame Anliegen deutlich zum Ausdruck zu bringen, wurden die Mitglieder und Stellvertretungen der Kommission im Einvernehmen mit den Ländern nach Beteiligung der Landesärztekammern benannt und von der Ärztekammer Hamburg berufen. Die Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik ist eine rechtlich unselbständige Einrichtung der Ärztekammer Hamburg, der zugleich die Geschäftsführung dieser Kommission obliegt.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

Pressestelle der Ärztekammer Hamburg
Sandra Wilsdorf, Tel.: 040/ 2022 99-200
E-Mail: presse@aekhh.de; Internet: www.aerztekammer-hamburg.de

ANLAGE zur PM vom 11. Februar 2014

Die Mitglieder der PID-Ethikkommission:

Ärztliche Mitglieder

Dr. med. Markus Kuther
Chefarzt der Frauenklinik des Städtischen Krankenhauses Kiel

Stellvertretung:
Dr. med. Thomas Külz
Selbstständige Führung einer „Praxis für Pränataldiagnostik“
bzw.
Dr. Anouk Siggelkow
Mitarbeiterin des Zentrums für Qualität und Management im Gesundheitswesen der Ärztekammer Niedersachsen

Prof. Dr. Andreas Gal
bis 2013 Direktor des Instituts für Humangenetik des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf (UKE); Ärztlicher Leiter des Fachbereichs Humangenetik im Medizinischen Versorgungszentrum des UKE

Stellvertretung:
Dr. Usha Peters
Partnerin im Pränatalzentrum Hamburg und Humangenetik im Gynaekologicum
Ärztliche Leiterin Labore Molekulargenetik und Zytogenetik
bzw.
PD Dr. med. Stephanie Spranger
niedergelassene Humangenetikerin

Dr. Gisbert Voigt
Niedergelassener Facharzt für Kinderheilkunde in Melle

Stellvertretung:
Prof. Dr. med. Egbert Herting
Direktor der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin, UKSH Campus Lübeck
bzw.
Dr. med. Thomas Müller
Facharzt für Kinderheilkunde und Jugendmedizin

Dr. med. Ulrike Dobreff
Fachärztin für Psychosomatik und Psychotherapeutische Medizin an der Klinik und Poliklinik für Psychosomatik und Psychotherapeutische Medizin der Universität Rostock

Stellvertretung:
Prof. Dr. med. Dipl. sup. Claudia Schulte-Meßtorff
Niedergelassene Psychotherapeutin und Lehrstuhlinhaberin für Arbeitspsychologie
bzw.
Dr. med. Catrin Mautner-Lison

Oberärztin in der Tagesklinik Ulmenhof, Klinik für psychosomatische Medizin des Asklepios Westklinikums

Sachverständige der Fachrichtung Recht

Dagmar Beck-Bever
Rechtsanwältin und Notarin mit Schwerpunkt Medizinrecht in Hildesheim

Stellvertretung:
Hans Ernst Böttcher
Präsident a.D. des Landgerichts Lübeck
bzw.
Theresa Schnitter
Rechtsanwältin

Sachverständiger der Fachrichtung Ethik

Prof. Dr. phil. Christoph Rehmann-Sutter
Professor für Theorie und Ethik der Biowissenschaften am Institut für Medizingeschichte und Wissenschaftsforschung der Universität zu Lübeck

Stellvertretung:
Dr. med. Irene Hirschberg (MPH)
Wissenschaftliche Mitarbeiterin Medizinische Hochschule Hannover
bzw.
Univ.-Prof. Dr. Christoph Seibert
Professor an der Universität Hamburg

Patientenvertreter

Lothar Bochat, Berlin
stellv. Vorsitzender des Sozialverbandes VdK, LV Berlin und Brandenburg und stellv. Vorstandsmitglied der Deutschen Rentenversicherung Bund

Stellvertretung:
Dr. Antje Blume-Werry
Geschäftsführerin Arbeitsgemeinschaft Spina Bifida und Hydrocephalus Hamburg e.V.
bzw.
Christina Lebermann
Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Vertreterin der Selbsthilfe der Menschen mit Behinderungen

Christiane Regensburger, Hamburg
Mitglied im Beirat der Instituts „Mensch, Ethik, Wissenschaft“ sowie in der Hamburger Arbeitsgemeinschaft für behinderte Menschen und in der „Anthropoi Selbsthilfe“

Stellvertretung:
Marianne Seibert
Vorsitzende des Landesbehindertenbeirats Brandenburg
bzw.

Mareike Koch
Mitarbeiterin der CARA-Beratungsstelle zu Schwangerschaft und vorgeburtlicher Diagnostik,
niedergelassene Gynäkologin

11. Februar 2014/bgv11a

Pflegereform entschlossen angehen

Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks macht Bereitschaft für zügiges Umsetzen deutlich

Das statistische Bundesamt in Wiesbaden hat heute Zahlen veröffentlicht die belegen, dass immer mehr Menschen staatliche Hilfen zur Pflege benötigen. 2012 erhielten in Deutschland demnach rund 439.000 Personen finanzielle Unterstützung. Das bedeutet einen Anstieg um 3,8 Prozent gegenüber 2011. Die Kosten stiegen mit 4,5 Prozent noch stärker an, auf insgesamt rund 3,2 Milliarden Euro.

„Der starke Anstieg derjenigen, die Hilfe zur Pflege benötigen zeigt eindeutig, dass wir die Pflegereform schnell und entschlossen angehen müssen“, so **Hamburgs Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks, Vorsitzende der diesjährigen Gesundheitsministerkonferenz**. „Um die Entwicklung zu bremsen müssen wir die Pflegeleistungen verbessern und die Voraussetzungen in den Kommunen schaffen, dass ältere Menschen länger in ihrer Wohnumgebung leben können. Die Länder stehen bereit, die Pflegereform, wie im Koalitionsvertrag beschlossen, zügig auf den Weg zu bringen.“

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

12. Februar 2014/bgv12

Pille danach muss rezeptfrei zu bekommen sein

Hamburgs Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks vertraut auf Beratungskompetenz in Apotheken

Der Bundestag diskutiert am 13. Februar über eine mögliche Aufhebung der Verschreibungspflicht für die so genannte „Pille danach“, nachdem der Sachverständigenausschuss für Verschreibungspflicht dies empfohlen hat. Hamburg hatte sich bereits im letzten Jahr im Bundesrat zusammen mit anderen Ländern für eine Freigabe eingesetzt, die vom Bundesrat auch beschlossen wurde. Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks unterstreicht nochmals die Notwendigkeit für eine rezeptfreie Abgabe in Apotheken, um Frauen in Notfallsituationen einen einfacheren und schnelleren Weg zur Verhinderung ungewollter Schwangerschaften möglich zu machen.

„Die rezeptfreie Abgabe der „Pille danach“ in Apotheken ist notwendig, um insbesondere nachts und an Wochenenden die schnelle Einnahme sicher zu stellen“, so **Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks**. „Apothekerinnen und Apotheker haben die Kompetenz, betroffene Frauen vertraulich und umfassend über Anwendung und Risiken zu beraten. Frauen würden also bei der Notfallverhütung keineswegs alleine gelassen. Die Entscheidung zur Rezeptfreiheit der Pille danach sollte sich am Wohl der Frauen orientieren und nicht zum Kompetenzstreit unter verschiedenen Heilberufen führen.“

Oft besteht die Notwendigkeit der Einnahme der „Pille danach“ am Wochenende und in der Nacht – also zu Zeiten der Betreuung durch ärztliche Notfalldienste mit entsprechenden Wartezeiten. Für Frauen, die nicht schwanger werden wollen, beginnt damit ein Wettlauf mit der Zeit: 72 Stunden sind es, binnen derer die „Pille danach“ eingenommen werden muss, um eine Schwangerschaft zu verhüten. Je früher sie eingenommen wird, desto zuverlässiger ist die Wirkung. Die mit der Beschaffung eines Rezepts verbundene Verzögerung der Einnahme kann daher in der Folge zu ungewollten Schwangerschaften führen, die vermeidbar gewesen wären.

In der weit überwiegenden Zahl der europäischen Länder kann die „Pille danach“ auf Basis des Wirkstoffs Levonorgestrel rezeptfrei und komplikationslos in Apotheken gekauft werden. Im Gegensatz dazu ist der Zugang in Deutschland jedoch bislang voller Hindernisse und schafft eine unbefriedigende Situation für die betroffenen Frauen.

Die Erfahrungen der Nachbarländer haben dabei gezeigt: Eine ärztliche Betreuung ist nicht erforderlich. Sowohl von Anwenderinnen als auch von der Apothekerschaft wird der rezeptfreie Verkauf positiv bewertet. In mehreren Studien wurden eine Zunahme der Verwendung von regulären Verhütungsmitteln und eine damit einhergehende, bessere Familienplanung nachgewiesen. Studien belegen ebenfalls, dass Schwangerschaftsabbrüche in den Ländern, in denen die „Pille danach“ rezeptfrei erworben werden kann, gesunken sind.

Aufgrund der allgemein guten Verträglichkeit des Medikamentes empfehlen auch die WHO und das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte die rezeptfreie Abgabe der „Pille danach“. Auf der Basis von Levonorgestrel wird sie als unbedenklich und als gut verträglich eingestuft.

Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks: „Das Thema ist zwar nicht im Koalitionsvertrag der großen Koalition festgeschrieben, aber wir werden es von Länderseite sicherlich nicht auf sich beruhen lassen. Auch im Rahmen der Gesundheitsministerkonferenz wird es auf der Agenda stehen."

Rückfragen der Medien:
Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Pressestelle
Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

13. Februar 2014/bgv13

Guter Start für Hamburgs Kinder

Babylotsen des Landeskonzepts Frühe Hilfen an allen Hamburger Geburtskliniken

Hamburg will Familien mit Kindern früher unterstützen. Dazu werden bestehende Hilfeangebote aus der Familienhilfe und dem Gesundheitswesen ausgebaut und besser aufeinander abgestimmt. Durch den Aufbau einer Präventionskette von der Schwangerschaft und Geburt bis zum Schuleintritt sollen die Entwicklungschancen für Kinder in Hamburg verbessert und ihre gesunde Entwicklung gefördert werden. Der Senat hat dazu das Landeskonzept „Frühe Hilfen: Guter Start für Hamburgs Kinder“ beschlossen, das im Rahmen der Bundesinitiative Frühen Hilfen in Hamburg umgesetzt wird. Ziel der verschiedenen Maßnahmen ist es, dass die Mütter bzw. Eltern bei bestehen-dem Unterstützungsbedarf Hilfen frühzeitig in Anspruch nehmen und direkt zu den erforderlichen Hilfeangeboten weitergeleitet werden. Hierzu steht Familien in Hamburg ein gut abgestimmtes und differenziertes Netzwerk Frühe Hilfen zur Verfügung.

„Mit dem Landeskonzept Frühe Hilfen verstärken und verknüpfen wir die in Hamburg bestehenden Angebote, die sich an schwangere Frauen, werdende Väter und Familien mit kleinen Kindern richten“, erklärt **Familiensenator Detlef Scheele**. „So bekommt jede Familie die Hilfe angeboten, die sie für das gesunde Aufwachsen ihres Kindes und für eine Verbesserung ihrer Erziehungsfähigkeit benötigt.“

„Wir knüpfen eine Kette der Hilfe und Förderung von der Geburt bis in die Schule. Risiken für die gesundheitliche, seelische und soziale Entwicklung der Kinder sollen früh erkannt und den Familien Hilfe und Unterstützung angeboten werden“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Gerade die Babylotsinnen haben wie auch die Familienhebammen einen guten Zugang zu jungen Eltern und können wirkungsvolle Unterstützung leisten. Es ist sehr erfreulich, dass alle Hamburger Kliniken sich beteiligen und neun Kliniken bereits diese Hilfsleistungen anbieten können.“

Einer der Bausteine dieses Netzwerkes ist das Projekt „Babylotsen Hamburg“, das im Laufe dieses Jahres auf alle 12 Hamburger Geburtskliniken und das Geburtshaus ausgeweitet wird. Wenn sich rund um die Geburt Anhaltspunkte für psychosoziale Belastungen ergeben, sind die „Babylotsen Hamburg“ als Ansprechpartnerinnen für die Mutter „vor Ort“. Sie klären in einem persönlichen Gespräch, ob die Familie in der ersten gemeinsamen Zeit mit dem Neugeborenen eine Unterstützung braucht und vermitteln an das wohnortnahe Familienteam oder andere passgenaue Hilfen im Stadtteil. Für dieses Angebot stellt die Stadt Hamburg aus der Bundesinitiative Frühe Hilfen rund 270.000 Euro jährlich zur Verfügung.

Ein weiterer Baustein des Landeskonzeptes sind die 22 multiprofessionellen, wohnortnahen Familienteams mit Familienhebammen, Kinderkrankenschwestern und Sozialpädagoginnen. Die Familienteams beraten, unterstützen und nehmen Lotsenfunktion in der Region wahr. Sie leiten die Familien ins Hilfesystem weiter (z.B. zu einer niedergelassenen Hebamme, ins Eltern-Kind-Zentrum, zur Elternschule, in die Kita oder die Frühförderstelle). Schwangere und Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf können bis zu einem Jahr nach der Geburt durch eine Familienhebamme aus

dem Team begleitet werden. Die Familienteams arbeiten eng mit dem Öffentlichen Gesundheitsdienst zusammen und motivieren die Eltern, die Kindervorsorgeuntersuchungen wahrzunehmen. Sie sind ebenfalls Ansprechpartner für Kinderärztinnen und Kinderärzte im Stadtteil.

Koordination in den Bezirken

Hamburg verfügt über eine vielfältige Hilfelandschaft bei den Frühen Hilfen. Die bestehenden Strukturen sollen in das neue Hilfesystem integriert werden, um das dortige Wissen zu nutzen und Doppelstrukturen zu vermeiden. Eine verbindliche Kooperation zwischen Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitshilfe, Schwangerschaftsberatung, Mütterberatung und den anderen Akteuren aus dem Bereich Früher Hilfen kann nur dann gelingen, wenn alle Beteiligten die Aufgaben der jeweils anderen sowie die Möglichkeiten und Grenzen der eigenen Hilfen kennen. Um eine verbindliche Zusammenarbeit gestalten zu können, wurden deshalb in allen sieben Bezirken der Stadt Hamburg regionale Netzwerke Frühe Hilfen weiter entwickelt und Netzwerkkoordinatoren ernannt.

Kinderschutz und Chancengleichheit

Mit diesem differenzierten Hilfesystem soll das gesunde Aufwachsen von Kindern – unabhängig vom sozialen Status ihrer Eltern – ermöglicht, die Elternkompetenz gefördert, die Zusammenarbeit in den Frühen Hilfen verbessert und der Kinderschutz gestärkt werden. Vor allem Eltern, deren Kinder aufgrund belastender familiärer Situation ein höheres Risiko für Fehlentwicklungen oder Vernachlässigung tragen, kann dadurch eine verlässliche Begleitung angeboten werden. Dies umfasst auch die Unterstützung zur Wahrnehmung der Kindervorsorgeuntersuchungen.

Finanzierung

Für den Ausbau der Frühen Hilfen stellt der Bund finanzielle Mittel für Hamburg in Höhe von knapp 1,3 Millionen Euro jährlich ab 2014 aus der Verwaltungsvereinbarung „Bundesinitiative Frühe Hilfen und Familienhebammen“ zur Verfügung. Darin enthalten sind Mittel für eine Landeskoordinationsstelle in der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI). Die wohnortnahen Familienteams werden rund um die bereits mit 761.000 Euro jährlich von der Stadt Hamburg geförderten Familienhebammenstandorte aufgebaut und verstärkt. Für das vom Senat beschlossene Einladungswesen zu den Kindervorsorgeuntersuchungen U 6 und U 7 werden neben einmaligen Investitionskosten in Höhe von bis zu 500.000 Euro Betriebskosten in Höhe von jährlich 250.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Marcel Schweitzer | Pressesprecher
Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg
Tel.: +49 40 42863 2889 | M +49 160 88 12 567
marcel.schweitzer@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi | @hh_basfi

Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Billstraße 80 | 20539 Hamburg
Pressestelle | Rico Schmidt
T +49 40 428 37- 2332
pressestelle@bgv.hamburg.de | www.hamburg.de/bgv

13. Februar 2014/bis13

Polizeiliche Kriminalstatistik 2013 vorgestellt

Rückgänge bei Wohnungseinbrüchen und Jugendkriminalität, mehr Internet-Delikte registriert

Hamburgs Innensenator Michael Neumann, Polizeipräsident Wolfgang Kopitzsch und der Leiter des Landeskriminalamtes, Leitender Kriminaldirektor Thomas Menzel, haben am heutigen Donnerstag die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für 2013 vorgestellt. Die Gesamtzahl der erfassten Delikte stieg gegenüber 2012 um 4,6 Prozent auf 238.019 Fälle an, was vor allem auf die Zunahme bei Diebstählen sowie Vermögens- und Fälschungsdelikten zurückzuführen ist. Die Aufklärungsquote erhöhte sich 2013 auf 43,7 Prozent (2012: 43,1 Prozent).

Weniger Wohnungseinbrüche und Autoaufbrüche

Die Zahl der Wohnungseinbrüche ging im Jahr 2013 um 2,4 Prozent bzw. 170 Taten zurück. Noch nie scheiterten so viele Einbrecher vor der Vollendung ihrer Tat. Bei insgesamt 6.924 registrierten Delikten gelang es den Tätern nur noch in 3.986 Fällen in die Wohnung einzudringen. Der Versuchsanteil ist damit auf 42,4 Prozent gestiegen und hat die höchste Quote seit 1971 erreicht. **Hamburgs Innensenator Michael Neumann:** „Wir steuern darauf zu, dass beinahe jeder zweite Einbrecher scheitert und den Betroffenen damit eine schlimme Erfahrung erspart bleibt – das ist erfreulich. Es zeigt sich: Eine gute Sicherung der eigenen vier Wände zahlt sich aus.“ Im vergangenen Jahr führte die kriminalpolizeiliche Beratungsstelle 1.898 individuelle Sicherheitsberatungen zum Einbruchschutz durch. „Dieses kostenlose Angebot steht weiterhin allen Hamburgerinnen und Hamburgern zur Verfügung, bitte nutzen Sie es“, sagte **Neumann**. „Unabhängig davon hat die konsequente Bekämpfung des Wohnungseinbruchs für unsere Polizei hohe Priorität.“ Ebenfalls positiv: Die Zahl der Autoaufbrüche reduzierte sich um fast 1000 Fälle (- 5,8 Prozent) auf 15.837 Taten und liegt damit auf dem niedrigsten Stand seit mehr als 40 Jahren.

Gewaltkriminalität weiter eingedämmt – Smartphones begehrtes Raubgut

Die Gewaltkriminalität ist 2013 um 0,2 Prozent auf insgesamt 8.665 Fälle leicht zurückgegangen. Positiv schlägt die weitere Abnahme von gefährlichen und schweren Körperverletzungen um 2,8 Prozent auf 5.406 Taten zu Buche. Dagegen nahmen die Raubdelikte um 169 auf 3.046 Fälle zu. Der Anstieg ist vor allem auf die Zunahme der Straßenraube zurückzuführen, allein für den Stadtteil St. Pauli wurden 87 Fälle mehr als 2012 registriert. Die Täter hatten es dabei vor allem auf Smartphones abgesehen. Im November 2013 gelang es der Polizei, eine Raubserie mit 20 Taten im Bereich Reeperbahn und Schanzenstraße aufzuklären. Bei den Tötungsdelikten war ein Rückgang um 19 auf 56 Taten zu verzeichnen, bei Vergewaltigungen und sexuellen Nötigungen gingen die Fallzahlen um 13 auf 156 zurück.

Herausforderung Internet-Kriminalität

Straftäter sind zunehmend im Internet aktiv. Durch Aufklärung und verstärkte Anzeigebereitschaft werden mehr Taten in diesem Bereich aufgedeckt. Die Zahl der Fälle, die über das Internet begangen wurden, stieg 2013 um 33,3 Prozent auf 7.253 Taten an – 1.812 Fälle mehr als im Jahr 2012. Verbreitet ist zum Beispiel der Einsatz von so genannter Ransomware, mit deren Hilfe die Täter Geld erpressen, indem mit Sperrung des betroffenen Computers gedroht wird. „Mit der Einrichtung des Fachkommissariats Cybercrime im Landeskriminalamt hat sich unsere Polizei organisatorisch und fachlich professionell auf diese Entwicklung eingestellt", sagt **Hamburgs Innensenator Michael Neumann**. „In diesem Deliktsbereich sind auch in Zukunft Veränderungen und neue kriminelle Ansätze zu erwarten, so dass das Thema eine Herausforderung für die Polizei bleibt."

Rückgang bei Jugendkriminalität ungebrochen

Im Bereich der Jugendkriminalität hält der rückläufige Trend der vergangenen Jahre ungebrochen an. 2013 wurden 13.784 Tatverdächtige unter 21 Jahren (TVu21) ermittelt, 205 weniger als im Jahr 2012. Im Zehn-Jahres-Vergleich sank die Zahl der TVu21 um mehr als ein Viertel. Bei der **Jugendgewaltkriminalität** sank die Zahl der TVu21 um 4,1 Prozent auf 2.146. Ihr Anteil an allen Tatverdächtigen bei Gewaltdelikten reduzierte sich nochmals von 32,1 auf 31,7 Prozent und ging damit im sechsten Jahr in Folge zurück.

Hamburgs Innensenator Michael Neumann: „Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Polizei für ihre engagierte Arbeit im Sinne der Sicherheit der Menschen in Hamburg. Ich bin überzeugt, dass sich unsere Polizei auch künftig hochprofessionell auf neue Kriminalitätsphänomene einstellen wird und die Verbrechensbekämpfung weiter forcieren kann."

Die vollständige Kriminalstatistik einschließlich Stadtteil-Atlas ist im Internet unter www.hamburg.de/innenbehoerde oder www.polizei.hamburg.de abrufbar.

Rückfragen der Medien:
Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673
E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde
sowie:
Pressestelle der Polizei Hamburg
Mirko Streiber, Tel. 040 – 42865-8888
E-Mail: polizeipressestelle@polizei.hamburg.de Internet: www.polizei.hamburg.de

11. Februar 2014/bsb11

Ergebnisse der Anmelderunde für das Schuljahr 2014/15:

Schülerzahl wächst - mehr Anmeldungen an staatlichen Schulen

Schulsenator Ties Rabe hat heute die Ergebnisse der vorläufigen Erhebung der Anmeldezahlen für das Schuljahr 2014/15 bekanntgegeben: „Es gibt deutlich mehr Kinder in Hamburg – das ist schön! Zudem entscheiden sich immer mehr Kinder für die staatlichen Schulen, das freut mich ganz besonders.“

Sowohl für Klasse 1 als auch für Klasse 5 haben sich deutlich mehr Schülerinnen und Schüler an den staatlichen Schulen angemeldet als im letzten Jahr. So meldeten sich für die Klassenstufe 1 insgesamt 13.556 Schülerinnen und Schüler an den 190 staatlichen Grundschulen sowie den zwölf Grundschulabteilungen an Stadtteilschulen an. Im Vergleich zum Vorjahr sind das rund 700 Schülerinnen und Schüler mehr an staatlichen Grundschulen. Die hohe Anmeldezahl ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass der Jahrgang rund 500 Schülerinnen und Schüler mehr hat als im letzten Jahr. Zum anderen Teil geht der Anstieg darauf zurück, dass offensichtlich mehr Schülerinnen und Schüler als im letzten Jahr sich für die staatlichen Schulen und weniger für die privaten Schulen entscheiden wollen.

Vorschulen

Bemerkenswert ist ein ungewöhnlich hoher Rückgang der Anmeldungen an den Vorschulen. Während im Vorjahr 8.245 Kinder angemeldet worden sind, sind es in diesem Jahr voraussichtlich nur 7.832. Allerdings differieren die Anmeldezahlen an den Vorschulen seit Jahren ganz erheblich von den tatsächlich nach den Sommerferien beginnenden Vorschülerinnen und Vorschülern.

Klassenstufe 1

Die gleiche Entwicklung wie in Klasse 1 zeigt sich bei den Anmeldungen für die Klassenstufe 5. Auch hier steigt die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die staatlichen Gymnasien und Stadtteilschulen besuchen wollen, um 600 auf 12.789 Schülerinnen und Schüler. Gründe dafür sind ebenfalls ein stärkerer Schülerjahrgang (350 Schülerinnen und Schüler mehr als im letzten Jahr) sowie vermutlich ein Rückgang bei den Anmeldungen an den Privatschulen für Klassenstufe 5.

Klassenstufe 5

Die zusätzlichen Schülerinnen und Schüler in Klassenstufe 5 entscheiden sich fast ausschließlich für die Gymnasien. Während die Anmeldungen an den staatlichen Stadtteilschulen mit 5.701 fast

unverändert sind (Vorjahr: 5.715), steigen die Anmeldezahlen an den Gymnasien von 6.474 auf 7.088.

Schulsenator Rabe weist allerdings darauf hin, dass es sich lediglich um die vorläufigen Anmeldezahlen handelt. Erfahrungsgemäß ändern noch mehrere Hundert Eltern sowie Schülerinnen und Schüler in den nächsten Monaten ihre Entscheidung. Darüber hinaus müssen jetzt die Schulbehörde sowie die Schulleitungen sorgfältig an jeder Schule die Klassen zusammenstellen. In der Regel können je nach Schulform zwischen 92 und 98 Prozent dieser Schulwünsche erfüllt werden.

Anmeldezahlen zum Schuljahr 2014/15 im Detail:

Viereinhalbjährigen-Vorstellungen: 2.044 (= 13,7%) mit erheblichem Sprachförderbedarf (Vorjahr: 1.976 = 12,9%)

Anmeldungen für Vorschulklassen: 7.832 (Vorjahr: 8.245; Stand 8.2.2013)

Grundschulen Anmeldungen 1. Klasse: 13.556 (Vorjahr 12.856) Hinweis: 904 Kinder wurden noch nicht an einer Schule angemeldet, über rund 240 Anträge auf Zurückstellung ist noch zu entscheiden.

Die meisten Anmeldungen verzeichnen die Louise-Schroeder-Schule in Altona-Altstadt mit 138, die Schule In der alten Forst (Eißendorf) mit 135 und die Ganztagsgrundschule Sternschanze mit 134 Anmeldungen.

Sonderschulen Anmeldungen 1. Klassen: 290 (Vorjahr: 324)

Anmeldungen 5. Klassen
Stadtteilschulen: 5.701 (Vorjahr: 5.715)
Gymnasien: 7.088 (Vorjahr: 6.474)
5. Klassen Schulversuch 6-jährige Grundschulen: 145 (Vorjahr: 118)

Sonderschulen/ReBBZ 5. Klassen: 301 (Vorjahr: 408)

Stadtteilschulen mit den höchsten Anmeldezahlen:
Julius-Leber-Schule, Schnelsen: 232 (Vorjahr 192)
Goethe-Schule Harburg, 224 (Vorjahr: 185)
Heinrich-Hertz-Schule, Winterhude: 185 (Vorjahr: 243)

Größte Steigerungen bei Anmeldezahlen Stadtteilschulen:
Stadtteilschule Hamburg-Mitte: + 45 Anmeldungen (139, Vorjahr 79)
Julius-Leber-Stadtteilschule, Schnelsen: + 40 Anmeldungen (232, Vorjahr 192)
Goethe-Schule Harburg: + 39 Anmeldungen (224, Vorjahr: 185)

Zuletzt neu gegründete Stadtteilschulen:
Stadtteilschule Maretstraße, Harburg): 71 (Vorjahr: 30)

Stadtteilschule Humboldtstraße, Uhlenhorst : 60 (Vorjahr: 86)

Gymnasien mit den höchsten Anmeldezahlen:
Matthias-Claudius-Gymnasium, Wandsbek: 178 (Vorjahr: 156)
Gymnasium Bornbrook, Lohbrügge: 172 (Vorjahr 128)
Gymnasium Buckhorn, Volksdorf: 163 (Vorjahr: 142)

In 2012 neu gegründetes Gymnasium:
Gymnasium Hoheluft: 105 (Vorjahr: 83)

Größte Steigerungen bei Anmeldezahlen Gymnasien:
Carl-von-Ossietzky-Gymnasium, Poppelbüttel: + 71 Anmeldungen (145, Vorjahr: 74)
Gymnasium Lerchenfeld, Uhlenhorst: + 50 Anmeldungen (129, Vorjahr: 79)
Gymnasium Bornbrook, Lohbrügge: + 44 Anmeldungen (172, Vorjahr: 128)

Hinweis: Die genannten Zahlen sind Anmeldezahlen nach Erstwunsch. Bei überangewählten Schulen erfolgt in den nächsten Wochen die Umverteilung nach Zweit- und Drittwunschschulen sowie, wenn diese Schulen ebenfalls ihre Kapazitätsgrenze erreicht haben, die Zuweisung an eine andere Schule.

Datenbasis: Vorläufige Abfrage der Schulbehörde zum Stichtag 10.2.2014, d.h. die Anmeldezeiträume der Schulen waren z.T. noch nicht beendet. Vergleichszahlen zum Vorjahr mit Stichtag 8.2.2013.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung
Peter Albrecht, Pressesprecher
Tel: (040) 4 28 63 – 2003
E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de,
Internet: www.hamburg.de/bsb

11. Februar 2014/bwf11

Faire Arbeitsbedingungen für gute Wissenschaft

Wissenschaftsbehörde verständigt sich mit Hochschulen, Gewerkschaften und Personalräten auf Maßnahmen zum Abbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse

In den letzten Jahren sind an den deutschen Hochschulen zunehmend unsichere Beschäftigungsbedingungen entstanden, die sich nachteilig auf das gesamte Wissenschaftssystem auswirken. Als problematisch haben sich insbesondere die Aspekte Befristung und kurze Befristungsdauer, Teilzeitbeschäftigung sowie unsichere Berufsperspektiven erwiesen. Die Wissenschaftsbehörde hat in einer Arbeitsgruppe mit Vertretern von Hochschulen, Gewerkschaften, Personalräten, Deutschem Hochschulverband und der Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten Verabredungen getroffen, um die Arbeitsbedingungen für Hamburger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie andere Beschäftigte an den Hochschulen zu verbessern. Die Regelungen werden im Hamburgischen Hochschulgesetz sowie in einem Verhaltenskodex (Code of Conduct) umgesetzt. Die Initiative entspricht der Zielsetzung im Arbeitsprogramm des Senats, die Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft zu verbessern. Einen entsprechenden Bericht an die Hamburgische Bürgerschaft hat der Senat heute beschlossen.

Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt**: „Ziel muss es sein, die besten Köpfe für eine berufliche Laufbahn an den Hochschulen zu gewinnen. Voraussetzung dafür sind faire Arbeitsbedingungen. Im Dialog mit Hochschulen, Gewerkschaften und Personalräten haben wir jetzt die Grundlage für bessere Arbeitsbedingungen in der Hamburger Wissenschaft geschaffen. Unabhängig davon sind weitere Maßnahmen auf Bundesebene nötig. Hamburg hat daher im vergangenen Jahr zusammen mit anderen Ländern einen entsprechenden Gesetzesentwurf auf den Weg gebracht. Die neue Bundesregierung hat diese Initiative aufgegriffen und sich im Koalitionsvertrag auf eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes verständigt."

Die Wissenschaftsbehörde hat in einer Arbeitsgruppe mit Vertretern von Hochschulen, Gewerkschaften, Personalräten, Deutschem Hochschulverband und der Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten Verabredungen darüber getroffen, wie die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen entscheidend verbessert werden können. Dies vor allem durch:

- einen grundsätzlichen Beschäftigungsumfang für Promovierende von mindestens einer halben Stelle einschließlich eines Anteils für die eigene Qualifizierung,
- die Sicherheit für Habilitierende, bei erfolgversprechender Prognose in die zweite Phase der Beschäftigung übernommen zu werden,

- die Verpflichtung der Hochschulen zur grundsätzlichen Übertragung von Daueraufgaben auf Dauerbeschäftigte und der Evaluierung der Abweichungen hiervon, über die hochschulintern zu informieren ist,
- die Bindung der Beschäftigungsdauer bei Drittmittelprojekten in der Regel an die Projektlaufzeit,
- die Verpflichtung der Hochschulen zu angemessener Vergütung von Lehraufträgen und der Evaluierung des Umfangs der Lehraufträge, über die hochschulintern zu informieren ist,
- die Gleichstellung des nichtwissenschaftlichen Personals mit dem wissenschaftlichen Personal in Bezug auf die Regelungen zur Dauerbeschäftigung, zur regelhaften Bindung der Beschäftigungsdauer an die Projektlaufzeit einschließlich entsprechender Evaluierung, über die hochschulintern zu informieren ist,
- die Unterstützung des wissenschaftlichen Nachwuchses bei der Entscheidung über eine Berufswahl innerhalb oder außerhalb der Hochschule durch Beratung seitens der Hochschulen.

Die Ergebnisse sind zum einen in die Novelle des Hamburgischen Hochschulgesetzes eingeflossen, die der Bürgerschaft seit Januar zur Beratung vorliegt: So wird die Dauer der befristeten Arbeitsverhältnisse von Promovenden künftig im Gesetz von „höchstens drei“ auf „grundsätzlich drei“ und deren Beschäftigungsumfang von „regelhaft“ einer halben Stelle auf „mindestens“ eine halbe Stelle gesetzlich festgeschrieben. Die Verlängerung der Stelle von Habilitanden nach drei Jahren wird künftig nicht mehr optional, sondern zwingend erfolgen, wenn bestimmte Qualitätsvoraussetzungen erfüllt sind. Ferner sind für Daueraufgaben in Forschung und Lehre, die nicht der Qualifizierung des Beschäftigten dienen, künftig unbefristete Stellen vorzuhalten.

Im Übrigen werden die Regelungen in einem Verhaltenskodex (Code of Conduct) umgesetzt, der Bestandteil der Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen der Behörde und den Hochschulen werden soll. Jede Hochschule ist für eine präzisierende Umsetzung unter Berücksichtigung ihrer spezifischen Gegebenheiten verantwortlich.

Zentrale arbeitsrechtliche Regelungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs unterfallen der Gesetzgebungskompetenz des Bundes und sind im Wissenschaftszeitvertragsgesetz geregelt. Hamburg hat daher im vergangenen Jahr zusammen mit anderen Ländern über den Bundesrat einen Gesetzesentwurf auf den Weg gebracht, mit dem unter anderem Mindestlaufzeiten für befristete Beschäftigungsverhältnisse in der Wissenschaft von regelmäßig 24 Monaten, die nur in begründeten Fällen unterschritten werden dürfen, auf Bundesebene eingeführt werden sollten. Um Familie und Beruf besser in Einklang bringen zu können, sollten Eltern-, Betreuungs- und Pflegezeiten künftig nicht auf die Befristungsgrenzen angerechnet werden dürfen. Ferner sollte die Tarifsperre abgeschafft werden, um diesen Sonderbereich der kollektivrechtlichen Gestaltung durch die Sozialpartner zu öffnen. Die Reform konnte unter der letzten Bundesregierung nicht umgesetzt werden. Die neue Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag auf eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes verständigt.

Rückfragen der Medien:
Behörde für Wissenschaft und Forschung
Pressesprecher
Dr. Alexander von Vogel
Tel: 040/42863-2322
E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

10. Februar 2014/bwvi10

Ein guter Tag für den Schiffbau in Hamburg

Sietas-Werft bleibt am maritimen Standort

Der Senat war immer von der Zukunftsfähigkeit der Sietas-Werft, sowie der Chance an den sich öffnenden Märkten im Offshore-Windenergiebereich zu profitieren, überzeugt. Wirtschaftssenator Frank Horch hat jede Gelegenheit genutzt, sich für einen Verkauf und eine Fortführung der Werft einzusetzen. Durch den heutigen Verkauf hat die Sietas-Werft wieder eine Perspektive.

Horch sagte anlässlich der Unterzeichnung der Kaufverträge mit dem russischen Unternehmen Pella Shipyard:

„Das ist ein guter Tag für den Hamburger Schiffbau. Mir war es immer ein ganz besonderes Anliegen, die Sietas-Werft am Standort Hamburg zu erhalten. Dafür haben wir gemeinsam mit allen Beteiligten mehr als zwei Jahre gekämpft. Gerade für einen international bedeutenden Hafenstandort ist es wichtig, das maritime Know-How zu erhalten. Sietas ist nicht nur eine Traditionswerft sondern hat sich mit dem Bau eines Spezialschiffes für den Offshore-Windenergiebereich international Respekt erworben und einen Namen gemacht. Insbesondere freut es mich natürlich, dass die verbliebenen Beschäftigten nun wieder eine Perspektive erhalten und die Mitarbeiterzahl zusätzlich auf mindestens 400 Mitarbeiter ausgebaut werden soll.“

Rückfragen:
Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Susanne Meinecke
Tel.: 040-42841-2239
E-Mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/bwvi

11. Februar 2014/bwvi11

Masterplan Industrie

Fortschreibung ist Bekenntnis zum Industriestandort

Auch dank einer breit aufgestellten Industrie am Standort, ist die Metropolregion Hamburg wirtschaftlich so erfolgreich. Wie im Arbeitsprogramm des Senats angekündigt, schreiben Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, die Handelskammer Hamburg, der Industrieverband Hamburg e.V. und der DGB Nord den Masterplan Industrie fort. Die vorliegende Fortschreibung ist ein gemeinsames Bekenntnis zum Industriestandort Hamburg und enthält Leitlinien für die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Ziel des Masterplan Industrie ist es, die Zukunftsfähigkeit der Hamburger Industrie dauerhaft zu sichern sowie Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Industrie zu erhalten und neu zu schaffen. Damit haben sich die Beteiligten ein gemeinsames Instrument der Zusammenarbeit erarbeitet. Der Masterplan Industrie ist Handlungsleitfaden für die Abstimmung und gemeinsame Entwicklung von Strategien.

Der Masterplan Industrie wird auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungen mit folgenden Schwerpunkten fortgeschrieben: Flächen für die Industrie, Verkehr als Bedingung für Industrie, Innovationsmetropole Hamburg, Industrie und Umwelt, Energie für die Industrie, Fachkräfte für die Industrie (inkl. Integration und Gleichstellung) sowie Akzeptanz der Voraussetzungen für Industrie. Die clusterpolitischen Themen wurden in die Handlungsfelder „Innovationsmetropole Hamburg“ und „Fachkräfte für die Industrie“ integriert. Jedes Handlungsfeld ist dabei unterteilt in die Bereiche „Kernaussagen und Zielsetzungen“, „Vereinbarungen und Maßnahmen“, „Dialogstrukturen und Umsetzung“ sowie „Kontrolle und Berichterstattung“.

Bürgermeister **Olaf Scholz**: „Die Industrie ist in Hamburg ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Um die Leistungsfähigkeit des Industriestandorts Hamburg zu erhalten, braucht die Industrie geeignete Rahmenbedingungen. Der Masterplan verfolgt das Ziel, Hamburgs Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit in dieser Hinsicht zu stärken, um Beschäftigung und wirtschaftliches Wachstum auf Dauer sicherzustellen.“

Senator **Frank Horch**: „Wir haben uns viele Handlungsfelder vorgenommen, die alle wichtig für den Standort sind. Mit liegt das Thema „Innovationsmetropole Hamburg“ besonders am Herzen. Hier sollen u. a. die für die Industrie wichtigen anwendungsorientierten Forschungseinrichtungen in Hamburg weiter ausgebaut und die Weiterentwicklung der hamburgischen F&I-Parks vorangetrieben werden.
Die Innovationsfähigkeit eines Standortes hängt ebenfalls entscheidend davon ab, ob in ausreichendem Maße exzellent ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung stehen. Deshalb wollen Stadt und Industrie gemeinsam geeignete Rahmenbedingungen dafür schaffen.“

Fritz Horst Melsheimer, Präses der Handelskammer, betonte die Bedeutung des produzierenden Gewerbes für den Wirtschaftsstandort Hamburg: „Ein starker industrieller Kern liegt nicht nur im

Interesse der Branche selbst, sondern auch vieler anderer, mit den Industrieunternehmen unserer Stadt unmittelbar verbundener Branchen im Zuliefer-, Absatz- und Dienstleistungsbereich." Gleichzeitig bekannte er sich zum Masterplan Industrie: „Ich bin von der Sinnhaftigkeit solcher Verabredungen zwischen Politik, Wirtschaft und Arbeitnehmervertretungen zutiefst überzeugt, schaffen sie doch eine Plattform zur Kommunikation und Umsetzung gemeinsamer Anliegen mit hoher Verbindlichkeit."

Der IVH-Vorsitzende **Michael Westhagemann** würdigt das Strategiepapier positiv: "Der Masterplan Industrie hat sich, trotz einiger bisher nicht verwirklichter Vorhaben, als strategisches Instrument zur Abstimmung und Festlegung wichtiger Rahmenbedingungen für die Industrie in Hamburg bewährt. Insgesamt ist die Fortschreibung des Masterplans Industrie deutlich von einer positiven Haltung gegenüber der Industrie geprägt, einer zentralen Voraussetzung für den Erhalt der Zukunftsfähigkeit der produzierenden Unternehmen an unserem Standort. Im neuen Masterplan Industrie bekennt sich der Hamburger Senat in der öffentlichen Diskussion zur herausragenden Bedeutung der Industrie für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und für die soziale Stabilität in unserer Stadt und in der Region. Aus gutem Grund haben wir in den Masterplan Industrie 2014 das Handlungsfeld „Akzeptanz als Voraussetzung für Industrie" neu aufgenommen, weil die Bedeutung von Akzeptanz für unseren Wirtschaftszweig wächst. Für eine erfolgreiche Industriepolitik ist ein industriebejahendes Klima in Politik und Verwaltung und ebenso in der Öffentlichkeit eine Grundvoraussetzung. Wenn hingegen dieser gesellschaftliche Konsens gestört ist, sehen wir, wie mancher Orts zum Beispiel im Vorfeld von großen Infrastrukturprojekten, langwierige öffentliche Auseinandersetzungen und wirtschaftliche Stagnation."

Uwe Polkaehn, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschafsbundes Nord (DGB Nord): "Gute Industriepolitik denkt nicht nur in Quadratmetern und Ländergrenzen - sie fördert attraktive Arbeitsbedingungen für Fachkräfte, Beschäftigung und Qualifizierung, innovative Produkte und die regionale Zusammenarbeit. Industrie darf kein Schimpfwort sein, in ihrer sozialen und ökologischen Erneuerung liegen große Chancen für Wohlstand und Arbeitsplätze. Die Gewerkschaften wollen alle Menschen an diesem Wandel beteiligen, sie fördern den Dialog aller Akteure und unterstützen eine gestaltende und aktive Industriepolitik, denn der Markt ist blind gegenüber sozialen und ökologischen Herausforderungen. Die Kooperation der norddeutschen Länder kommt endlich voran, etwa beim Ausbau der Windenergie oder in der Verkehrspolitik. Der Senat spricht mit den Sozialpartnern auf Augenhöhe - das schafft Chancen, dass die Verabredungen fruchtbar werden. Der Masterplan Industrie leistet einen wichtigen Beitrag, um die Metropolregion zu einem Kraftzentrum qualitativen Wachstums für die gesamte Bundesrepublik zu entwickeln."

Details zu den einzelnen Handlungsfeldern und weitere Informationen entnehmen Sie bitte der Fortschreibung des Masterplan Industrie. Er ist abrufbar auf der Internetseite www.hamburg.de/bwvi

Rückfragen:
Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Susanne Meinecke
Tel.: 040-42841-2239
E-Mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/bwvi
Folgen Sie uns auf Twitter: @HH_BWVI

12.2.2014/kb12

Neues Depot für Stiftung Historische Museen

Senat beschließt Anmietung und Einrichtung eines zentralen Depots für die Museumsbestände

Im Dezember 2006 hat eine Expertenkommission festgestellt, dass die Hamburger Museen für die Deponierung ihrer Sammlungsgegenstände dringend mehr und besser ausgestattete Depotflächen benötigen. Für die Stiftung Historische Museen wurde nun in Stellingen ein Lager gefunden, in dem ab Juni 2014 Sammlungsgegenstände langfristig sicher und mit ausreichend Platz aufbewahrt werden können. Der Senat hat jetzt der Anmietung der rund 11.000 Quadratmeter Lagerfläche und den damit einhergehenden Einrichtungskosten zugestimmt.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Um die Erinnerung an die Geschichte lebendig zu halten und die Werte einer Stadt zu bewahren braucht es nicht nur gute Museen, sondern auch funktionstüchtige Depots. Endlich ist es uns gelungen, eine Lösung für die mangelhafte Situation in den Museumsdepots zu finden."

Der Bericht der Expertenkommission aus dem Jahr 2006 hatte für die Depots der Hamburger Museen eine erhebliche Raumnot sowie klima- und sicherheitstechnische Mängel bei den bestehenden Depots festgestellt. Nachdem sich der Bau eines zentralen Kulturspeichers als nicht finanzierbar erwiesen hat, wurde die Schaffung von dezentralen, kleineren Außendepots als die wirtschaftlich günstigere und auch sicherere Alternative weiter verfolgt. Das Museum für Völkerkunde, das Helms-Museum und das Museum für Kunst und Gewerbe haben daraufhin bereits zusätzliche Flächen angemietet. Für die Kunsthalle wurde im vergangenen Jahr beschlossen, die bestehenden Depotflächen im Rahmen der für 2014 geplanten grundlegenden Modernisierung zu sanieren.

Mit der Anmietung und Herrichtung der Depotflächen in Stellingen ist nun eine langfristige Lösung für die Stiftung Historische Museen Hamburg gefunden worden. Davon profitieren in erster Linie das Museum für Hamburgische Geschichte und das Altonaer Museum. Der Senat hat bei der Bürgerschaft für die einmalig anfallenden Kosten für den Umzug und die Einrichtung des Museumsdepots in Stellingen vier Millionen Euro und für im Jahr 2014 anfallende Mietkosten zusätzlich 260.000 Euro beantragt. Die Anmietung der zusätzlichen Depotflächen führt bei der Stiftung Historische Museen unter Abzug der Kosten für die bisherigen Außendepots, die nun aufgegeben werden können, dauerhaft zu einer Mehrbelastung in Höhe von 570.000 Euro pro Jahr, die im Rahmen des Haushaltsplan-Entwurfs 2015/2016 eingeworben werden müssen.

Rückfragen der Medien:
Enno Isermann
Pressestelle der Kulturbehörde
Tel.: 040 / 428 24 – 207
enno.isermann@kb.hamburg.de

13. Februar 2014/pa13

Stärkung der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst

Senat beschließt Gesetzentwurf zur Neufassung des hamburgischen Personalvertretungsrechts

Der Senat hat sich abschließend mit der Novellierung des hamburgischen Personalvertretungsrechts befasst. Wesentliches Ziel ist es, die Mitspracherechte der Personalräte auszubauen. Das Vorhaben geht auf das bürgerschaftliche Ersuchen „Mitbestimmung im öffentlichen Dienst wieder stärken“ zurück.

Parallel zur Novelle des Hamburgischen Personalvertretungsgesetzes werden auch die entsprechenden Regelungen für den Richterbereich im Hamburgischen Richtergesetz angepasst. Der vorliegende Gesetzentwurf ist Ergebnis eines Dialogs zwischen Senat, Personalamt und Behörden einerseits und Spitzenorganisationen der Gewerkschaften (DGB, dbb hamburg) andererseits. Die Gespräche fanden seit November 2011 unter Leitung des für das Personalamt verantwortlichen Staatsrats Dr. Christoph Krupp statt. Der Gesetzentwurf wird nun der Bürgerschaft zur Beratung zugeleitet.

Wesentliche Eckpunkte des Gesetzentwurfes sind:

- Die Mitbestimmung der Personalvertretungen wird ausgebaut, insbesondere wird der Grundsatz der innerdienstlichen Allzuständigkeit erstmalig in Hamburg gesetzlich verankert. Damit haben die Personalvertretungen künftig grundsätzlich in allen innerdienstlichen Angelegenheiten mitzubestimmen und nicht nur in den bislang im Gesetz abschließend aufgeführten Fällen.

- Parallel zum Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Personalräte werden die Rechte der einzelnen Beschäftigten gegenüber den Personalräten und gegenüber den Dienststellen gestärkt. Hierzu werden den Beschäftigten Anhörungs- und Informationsrechte sowohl gegenüber den Personalvertretungen als auch den Dienststellen eingeräumt.

- Der Gesetzentwurf verankert die Gleichstellung von Frauen und Männern im hamburgischen Personalvertretungsrecht. Bei der Zusammensetzung der Personalräte soll künftig eine angemessene Beteiligung von Frauen und Männern gewährleistet sein.

Rückfragen:
Bettina Lentz, Leiterin des Personalamtes
Tel.: 040/42831-1505/1506, Fax: 040/42831-2420
E-Mail: Bettina.Lentz@personalamt.hamburg.de

10. Februar 2014/pr10

Scholz: „Wir sind DAS kontinentaleuropäische Zentrum für chinesische Firmen“

Rathausempfang zum chinesisches Neujahrsfest und der fünften CHINA TIME

Wenige Tage nach dem chinesischen Neujahrfest lud Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz zu einem Senatsempfang in das Hamburger Rathaus ein. In diesem Jahr finden mit der fünften CHINA TIME und dem Hamburg Summit wieder zwei herausragende Veranstaltungen in Hamburg statt, die weit über Norddeutschland hinauswirken.

Zum Senatsempfang sprachen neben **Olaf Scholz** der chinesische Generalkonsul **Yang Huiqun**, der Präses der Handelskammer **Fritz Horst Melsheimer** und der Vorsitzende der chinesischen Kaufmannschaft e.V. **Chen Mang** die Grußworte. Bürgermeister Scholz betonte die zunehmende Bedeutung der Verbindungen zwischen Hamburg und China: „Nichts signalisiert das besser als die rund 500 chinesischen Unternehmen, die schon jetzt ihren Sitz in Hamburg haben – und diese Zahl steigt stetig an. Damit sind wir das kontinentaleuropäische Zentrum für chinesische Firmen.“ Bei Veranstaltungen in Hamburg wie CHINA TIME 2014 gehe es nicht nur um Wirtschaft und Handel, sondern auch um kulturellen Austausch und die Möglichkeiten, einander besser kennenzulernen. „Die China Time bindet mit ihrem vielfältigen und bisweilen auch kritischen Programm die breite Öffentlichkeit ein und fördert den Dialog auf allen Ebenen“, so Scholz.

CHINA TIME 2014 findet vom 4. bis 23. November 2014 statt. Es werden zahlreiche Veranstaltungen in den Bereichen Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesundheit erwartet. Kernstück des kulturellen Teils wird die von den Deichtorhallen organisierte und mit Spannung erwartete Ausstellung „Secret Signs“ sein. Die Ausstellung zeigt Schriftkunst, Fotografien, Videos, Installationen und Skulpturen von rund 35 bedeutenden chinesischen Künstlerinnen und Künstlern – beispielsweise von Ai Weiwei. Die Ausstellung ist eine Kooperation mit der Sammlung Sigg und dem M+ Museum in Hongkong.

Ebenfalls im November findet der von der Handelskammer Hamburg organisierte dreitägige Hamburg Summit 2014 statt. Diese Wirtschaftskonferenz vom 12. bis 14. November hat sich in den vergangenen zehn Jahren zur hochrangigen Plattform für den Dialog zwischen Europa und China entwickelt. Mehr als 400 Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft und über 150 Journalisten werden erwartet, um über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der Europäischen Union zu diskutieren.

Weitere Informationen: www.chinatime.hamburg.de

Einrichtungen, die sich als Veranstalter an CHINA TIME 2014 beteiligen möchten, können sich an die Senatskanzlei wenden.

Rückfragen der Medien:
Jan Büchner,
Pressestelle des Senats,
Tel.: 040 / 428 31 – 21 83,
Mail:
Jan.Buechner@sk.hamburg.de

Rückfragen der Veranstalter:
Korinna Jörling,
Staatsamt – China Time,
Tel.: 040 / 428 31 – 21 31,
Mail:
Korinna.Joerling@sk.hamburg.de

12. Februar 2014/pr12

Stapelfeldt: „Städtepartnerschaften leben von persönlicher Begegnung“

Ausstellung zu Hamburgs Partnerstädten eröffnet

Zehn Tage lang präsentieren sich Hamburgs Partnerstädte in der Europa Passage. Den Reigen eröffnete heute die “Goldene Stadt“ Prag. Für den stellvertretenden Prager Oberbürgermeister nahm sich der Hamburger Senat viel Zeit. Gleich mehrere Termine wurden gemeinsam an einem Tag absolviert.

Zu Beginn begrüßte Hamburgs Erster Bürgermeister **Olaf Scholz** seinen Amtskollegen, **Václav Novotný**, der in der Prager Stadtverwaltung auch die Themen Tourismus und Kultur betreut, im Hamburger Rathaus. Nach einem kurzen Gespräch im Bürgermeisteramtszimmer ging es gemeinsam in die Europa Passage. Die Präsentation der Moldaustadt wurde durch beide Bürgermeister eröffnet.

Für Olaf Scholz zeichnen sich Hamburgs Städtepartnerschaften durch Langfristigkeit, gemeinsame Interessen und Gegenseitigkeit aus: „Städtepartnerschaften bieten unmittelbaren Austausch für Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Sie sind das Fundament, auf dem oft enge Freundschaften und lebenslange Kontakte zwischen Hamburgerinnen und Hamburgern einerseits und Bürgerinnen und Bürgern der Partnerstädte andererseits entstanden sind.“

Im Anschluss lud Hamburgs Zweite Bürgermeisterin **Dr. Dorothee Stapelfeldt** im Namen des Senats zu einem Empfang für die Repräsentanten aller Hamburger Partnerstädte. Im Rathaus begrüßte sie neben Herrn Novotný auch den Honorarkonsul der Tschechischen Republik, **Peter Boué**, die HamburgAmbassadorin Prags, **Ursula Schulz**, sowie Mitglieder des konsularischen Korps und eine Delegation aus Tansania. „Die Ausstellung zeigt anschaulich, mit welch faszinierenden Städten rund um den Globus Hamburg offiziell befreundet ist“, so Stapelfeldt.

Für die Zweite Bürgermeisterin sind Städtepartnerschaften weit mehr als lediglich Tourismusförderung: „Sie verdeutlichen unsere inspirierenden Unterschiede und unsere manchmal verblüffenden Gemeinsamkeiten. Nichts vermittelt mehr von diesen Lebenswirklichkeiten als die gegenseitigen Besuche und vielfältigen Aktivitäten der Freundeskreise. Die persönliche Begegnung und der Austausch im Gespräch haben auch im Fernseh- und Internetzeitalter nichts von ihrer Faszination und ihrer verbindenden Kraft verloren.“

Rückfragen der Medien:
Jan Büchner, Pressestelle des Senats,
Tel.: 040 / 428 31 – 21 83,
Mail: Jan.Buechner@sk.hamburg.de

11. Februar 2014/bsu11

WM kann kommen: Public viewing in Hamburg geregelt

Verordnung über Lärmschutz bei öffentlichen Fernsehdarbietungen im Freien zur Fußball Weltmeisterschaft 2014 in Kraft

Seit dem „Sommermärchen“ zur Fußball WM 2006 feiern Hamburgs Fans bei allen Fußball-Welt- und -europameisterschaften Fan-Feste. Diese Veranstaltungen ziehen Zehntausende von Besuchern an. Auch für die Fußball WM 2014 bestehen entsprechende Erwartungen. Um diesen zu gerecht zu werden, braucht man rechtliche Ausnahmeregelungen, wie sie in der Vergangenheit der Bund erlassen hat. Da Bundesregelungen jedoch erst im Frühsommer erwartet werden, eröffnet Hamburg mit der „Verordnung über den Lärmschutz bei öffentlichen Fernsehdarbietungen im Freien über die Fußball-WM 2014 (Fan-FesteVO)“ bereits jetzt den Weg zum „public viewing“ im Fußballsommer 2014.

Umweltsenatorin Jutta Blankau: „Wie 2006 möchten wir auch in diesem Sommer große, gut organisierte, friedliche Fan-Feste ermöglichen, die Rücksicht auf die Nachbarn nehmen. Dazu haben wir jetzt Rahmenbedingungen durch eine Verordnung erlassen, die die Bezirke für den Einzelfall anwenden. Wichtig ist uns auch, dass wir dadurch frühzeitig Planungssicherheit für Veranstalter schaffen.“

Die Verordnung enthält die bewährten Regelungen des Bundes für die Fußball-WM 2006 und 2010 sowie für die Fußball-EM 2008. Sie überträgt die Lärmschutzregelungen der Sportanlagenlärmschutz-Verordnung auf öffentliche Fernsehdarbietungen im Freien und erlaubt für die Fußball-WM 2014 befristete Ausnahmeregelungen bis in die Nachtstunden nach 22 Uhr.

Ob und in welchem Umfang solche Ausnahmen zugelassen werden, ist mit der Verordnung selbst noch nicht entschieden. Die Entscheidung über die Details von public viewing im Rahmen der Fußball-WM 2014 liegt bei den Bezirken. Sie müssen v. a. den Schutz der Nachbarschaft vor Lärm berücksichtigen.

Die neue „Fan-Feste VO“ im Internet: www.hamburg.de/bsu/presse.

Kontakt:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pressestelle,
Volker Dumann,
Tel: 040-42840-3249, E-Mail: volker.dumann@bsu.hamburg.de

Terminkalender

Vom 17. Februar bis 23. Februar 2014

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 17.02.2014

09:00 Technische Universität Hamburg-Harburg, Gebäude I, Audimax II, Denickestraße 22
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich der **Abschlusskonferenz des DFG Graduiertenkollegs „Ports for Containerships of Future Generations“** ein Grußwort.

17:45 Handelskammer, Adolphsplatz 1
Bürgermeister Olaf Scholz nimmt an der **10. Hamburger Sportgala** teil.

Senator Dr. Peter Tschentscher nimmt teil.

18:00 Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26
Staatsrat Wolfgang Schmidt spricht anlässlich des **Senatsempfangs für das 4. Seminar „Diplomatenlehrgang Westbalkan“**, einer Initiative des Auswärtigen Amts und der Robert Bosch Stiftung, an dem junge Diplomaten aus den Staaten des westlichen Balkans teilnehmen, ein Grußwort.

Dienstag, den 18.02.2014

12:30 Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen des **Senatsfrühstücks anlässlich des 70. Geburtstags von Bürgermeister a. D. Ortwin Runde** ein Grußwort.

14:00 Handwerkskammer Hamburg, Holstenwall 12,
Senator Detlef Scheele spricht anlässlich der **9. Hanse-Tagung zum Thema „Innovative SMEs by Gender and Age around the Mare Balticum”** ein Grußwort.

14:00 TU Hamburg-Harburg
Senator Frank Horch spricht anlässlich der **International Conference „Ports for Container
Ships of Future Generations“** ein Grußwort.

17:00 Landesvertretung Sachsen beim Bund, Luisenstraße 18, 10117 Berlin
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks hält einen Vortrag im Rahmen der **Veranstaltung „vdek-Zukunftspreis“**.

17:00 Daimler AG, Mercedes-Benz Werk Hamburg, Mercedesstr. 1
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich des **1. UmweltPartner Dialogs** ein Grußwort.

Mittwoch, den 19.02.2014

18:00 Landesvertretung Hamburg in Berlin
Senator Detlef Scheele eröffnet die **Veranstaltung "Hamburger Impulse**

Jugendberufsagentur - Vorbild für Deutschland?“ mit einer Rede.

18:00 Gästehaus des Senats, Schöne Aussicht 26
Staatsrat Michael Sachs empfängt eine **Delegation aus der Partnerstadt St. Petersburg**.

18:45 Harburger Rathaus, Raum 118, 1. OG
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich des **100. Konzertes der Harburger Rathauskonzerte „Stars von Morgen“** ein Grußwort.

Donnerstag, den 20.02.2014

11:30 Emporio Haus, NordEvent Panoramadeck, Dammtorstr. 15
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich der **Verabschiedung des Vorstandsmitglieds der Wohnungsbaugenossenschaft von 1904 e.V., Klaus Weise**, ein Grußwort.

13:00 Flughafen Hamburg
Staatsrat Dr. Bernd Egert spricht beim **Richtfest für das Parkhaus P1** ein Grußwort.

15:00 Imtech Arena, Sylvesterallee 7
Bürgermeister Olaf Scholz spricht auf dem **Verbandstag Nord des Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V.** ein Grußwort.

17:00 Handelskammer, Adolphsplatz 1
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Eröffnung des Handelskammer Innovations Campus (HKIC)** ein Grußwort.

19:00 Kunsthalle, Glockengießerwall
Senatorin Prof. Barbara Kisseler eröffnet die **Ausstellung „Feuerbachs Musen – Lagerfelds Models“** mit einem Grußwort.

Freitag, den 21.02.2014

09:00 CCH, Saal 3, Marseiller Straße
Staatsrätin Elke Badde eröffnet die **Unfallmedizinische Tagung des DGUV** mit einem Grußwort.

11:00 Messehallen, Halle B6, Messeplatz 1
Senator Ties Rabe eröffnet als Schirmherr die **Studien- und Ausbildungsmesse „Einstieg Hamburg 2014“** und spricht ein Grußwort.

12:30 TK-Bildungszentrum, Hohe Heide 1, 21376 Salzhausen
Staatsrat Volker Schiek begrüßt die Teilnehmer des **Seminares „Kirche und Polizei-Interkulturalität und demographische Entwicklung in unserer Stadt“**.

15:00 Museum für Völkerkunde, Rothenbaumchaussee 64
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht anlässlich der **Eröffnung der Bundesvolontärstagung „Kultur gestalten! Zwischen lauter Projektarbeit und stiller Kulturpflege“** ein Grußwort.

15:00 Verlagshaus Gruner und Jahr, Am Baumwall 11
Senator Ties Rabe nimmt an der **Preisverleihung des Schülerzeitungswettbewerbs der Länder 2014** teil und spricht ein Grußwort.

18:30 Curiohaus Hamburg
Senator Frank Horch spricht anlässlich der **Verleihung des LEO-Awards** ein Grußwort.

19:30 Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeister Olaf Scholz begrüßt die Gäste des **traditionellen Hamburger Matthiae-Mahls** mit einer Rede.

Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senatorin Jutta Blankau, Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks, Senatorin Prof. Barbara Kisseler, Senator Ties Rabe, Senator Dr. Peter Tschentscher, Senator Detlef Scheele und Staatsrat Wolfgang Schmidt nehmen teil.

Samstag, den 22.02.2014

10:00 Ausbildungszentrum Bau, Schwarzer Weg 3
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich **der Auftaktveranstaltung zur Betriebsratswahl 2014** ein Grußwort.

20:00 Thalia Theater, Alstertor 1
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht **die Premiere von „Die Möwe“**.

Sonntag, den 23.02.2014

11:00 Alevitische Gemeinde Hamburg, Winsener Straße 36
Senator Ties Rabe nimmt als Referent an der **Veranstaltung „Chancengerechtigkeit und Integration durch Bildung“** teil.

18:00 Museum für Kunst und Gewerbe, Steintorplatz
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht anlässlich des **„Preisträgerkonzertes des Wettbewerbs des Deutschen Musikinstrumentenfonds“** ein Grußwort.